Frankfurt, 14. März 2022

Gemeinsame Pressemitteilung

Geflüchtete aus der Ukraine:
In Hessen fehlen professionelle Beratungsstrukturen

Vor einer drohenden Überforderung der Unterstützungsstrukturen für geflüchtete Menschen warnen der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen und der Hessische Flüchtlingsrat angesichts der katastrophalen Entwicklung in der Ukraine. Schon jetzt hat der Krieg laut UNHCR 2,7 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Die zivilgesellschaftliche Hilfs- und Aufnahmebereitschaft in Hessen ist überwältigend, die Beratungsstrukturen sind hingegen nicht ausreichend ausgestattet – dabei schnellen die Anfragen täglich in die Höhe.

Der Paritätische Hessen und der Hessische Flüchtlingsrat fordern die Landesregierung daher auf, jetzt die unabhängigen professionellen Beratungsstrukturen zu stärken und flächendeckend auszubauen.

„Anders als andere Bundesländer fördert das Land Hessen keine regionalen Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen", erläutert Dr. Yasmin Alinaghi, Geschäftsführerin des Paritätischen Hessen. „Dieser seit Jahren bestehende eklatante Mangel führt dazu, dass die von den Wohlfahrtsverbänden und Kirchen aus Eigenmitteln sowie die vom Bund finanzierten Beratungsstellen schon vor der Ukraine-Krise an der Belastungsgrenze waren. Zusätzlich noch die Menschen adäquat zu beraten, die aus der Ukraine geflüchtet sind, können sie in Hessen kaum noch leisten."

Neben den Beratungsstellen können aus Sicht der Wohlfahrtsverbände auch kommunale Behörden die kommende Herausforderung nicht allein meistern. In Großstädten, wo aktuell schon viele Geflüchtete ankommen, zeigt sich dies bereits, so die Rückmeldungen von Haupt- und Ehrenamtlichen, die von unklaren Zuständigkeiten und von überlasteten Hotlines berichten.

„Zwar hat die EU erfreulicherweise beschlossen, dass Ukrainer*innen kein Asylverfahren durchlaufen müssen. Aber Aufenthaltserlaubnis und Sozialleistungen zu beantragen, sind dennoch bürokratische Hürden, die Betroffene ohne Deutschkenntnisse und fachkundige Beratung nicht überwinden können", erläutert Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrats. „Zumal erschwerend hinzukommt, dass die meisten Ausländerbehörden coronabedingt immer noch schlecht oder gar nicht persönlich erreichbar sind und Termine weiterhin nur nach teils wochenlangen Wartezeiten vergeben werden."